

Einblicke

Standfest bleiben

Von Helmut Lölhöfel

Das NPD-Verfahren vor dem Bundestagsverfassungsgericht ist mehr als eine Peinlichkeit, aber kein Desaster. Es ist eine Blamage. Und ein Rückschlag für unsere Bemühungen, die organisierten Rechtsextremen ernsthaften staatlichen und rechtlichen Widerstand spüren zu lassen.

Wenn die drei Verfassungsorgane, die den Verbotsantrag gestellt haben, nicht wussten, dass er sich unter anderem auf Aussagen von V-Leuten des Geheimdienstes stützte, ist das schlimm. Und wenn Verfassungsschutzbehörden verschwiegen haben, welches Risiko in den nach Karlsruhe geschickten Akten versteckt war, ist es übel. Aber alles Gezeter hilft nicht weiter. Obwohl verständlich ist, dass im beginnenden Bundestagswahlkampf nach Ursachen und Schuldigen geforscht wird, wäre es vernünftiger, wenn sich alle Parteien gerade jetzt auf die gemeinsame Basis des gemeinsamen Anliegens besinnen.

Der Bundesinnenminister muss den Hohn der Opposition ertragen und standfest bleiben. Dass uns einmal wieder die Absurdität des Unterwanderns extremer Organisationen durch Spitzel vor Augen geführt wurde, bringt keine neue Erkenntnis. Gegenseitige Vorwürfe helfen auch nicht weiter. Wann ein V-Mann in der NPD-Führung „abgeschaltet“ wurde, welche Beamten Bescheid wussten und welche nicht, ob jemand sein Wissen verheimlichte und wer aus dem vertraulichen Parlamentsgremium zur Kontrolle der Geheimdienste plauderte, muss gründlich und öffentlich untersucht werden. Ein Rücktritt des für den ganzen Schlamassel politisch verantwortlichen Ministers Otto Schily nützt gar nichts.

Das Verbotsverfahren gegen die NPD muss in aller Ruhe und mit aller Energie fortgeführt werden. Lieber langsam und präzise ans Ziel kommen als übereilt und unbedacht scheitern. Sonst verschaffen wir den Rechtsextremen Genugtuung und Aufwind.

Spitzelgesteuerte NPD

Innerhalb der rechtsextremen Partei wird jeder V-Mann-Verdacht grundsätzlich für möglich gehalten.

Seite 2 ■

Bündnis aufgekündigt

Neonazis wollen zumindest vorerst nicht mehr gemeinsam mit der NPD marschieren.

Seite 4 ■

Kohle statt Politik

Bei den extrem rechten Fraktionen steht das Geld vielfach vor der Idee.

Seite 4 ■

Diskrete Wahlhilfe

Der französische Staatspräsident Chirac soll 1988 den Front National-Chef Le Pen um Unterstützung gebeten haben.

Seite 6 ■

Weißer Haut als Uniform

Die US-amerikanische extreme Rechte beginnt sich neu zu formieren.

Seite 7 ■

Meldungen

Seite 14 ■

blick nach **rechts**

Herausgeber: Institut für Information
und Dokumentation e.V.

Für den Vorstand: Helmut Lölhöfel
Redaktion: Gabriele Nandlinger

Hintergrund**Agentenparanoia**

Die als Spitzel enttarnten NPD-Funktionäre bestimmten den Kurs und die Entwicklung der Partei maßgeblich mit.

Eigentlich war nichts Überraschendes passiert, als sich die Medien Ende Januar überschlugen. Der Verbotsprozess gegen die NPD, der im Februar mit der Anhörung von 14 hochrangigen Neonazis in die heiße Phase gehen sollte, wurde noch vor der eigentlichen Beweisaufnahme gestoppt. Es hatte sich herausgestellt, dass zumindest einer der Vorgeladenen als V-Mann des Verfassungsschutzes in Nordrhein-Westfalen gearbeitet hatte. Die Information darüber war dem Gericht lapidar aus dem Bundesinnenministerium über den Umweg mitgeteilt worden, der Betreffende werde eine Aussagegenehmigung vorlegen. Eigentlich tatsächlich nicht überraschend. Niemand konnte im Vorfeld genau wissen, wen Karlsruhe vorladen würde. Dass V-Leute nicht unnötig enttarnt werden, ist nachvollziehbar. Niemand konnte ernsthaft glauben, in der NPD-Spitze gebe es keine Agenten.

Pikant wird die Angelegenheit dadurch, dass dieser V-Mann im Verbotsantrag gegen die NPD als Hauptzeuge für den Antisemitismus der NPD zitiert wird. Insgesamt, so NPD-Anwalt Horst Mahler, werde er in den einschlägigen Prozessdokumenten unter seinem Klarnamen und verschiedenen Pseudonymen in 25 Fällen zitiert. „Frenz heißt die Kanaille“, so titelte umgehend das Greifswalder „storetebeker.net“. Die „Kanaille“ heißt vollständig Wolfgang Frenz und lebt als Heilpraktiker in Solingen. Über 35 Jahre soll er für den Verfassungsschutz in Nordrhein-Westfalen gearbeitet haben. Bei seiner Anwerbung gehörte er der Deutschen Reichspartei an, der faktischen Vorgängerin der NPD. Bereits dort hatte er als NRW-Geschäftsführer und Landesorganisationsleiter eine zentrale Position inne. Kein Detail des dortigen Parteilebens war dem 1936 Geborenen verborgen.

In der NPD wiederum gehörte er zu den Gründungsmitgliedern, war in der Anfangsphase zuständig für Auslandskontakte der Partei. Nachgewiesen sind seine Beziehungen zu den Anhängern Oswald Mosleys in Großbritannien. Auch in der NPD befand er sich von Anfang an in zentralen Positionen des Parteilebens, so als Mitglied des Grün-

dungsausschusses in NRW. Mehr als zwei Jahrzehnte war Frenz eine der zentralen Personen der NPD mit hochrangigen Funktionen auf Bundes- und Landesebene. Gerade in den Jahren der Krise und Umorientierung der NPD Ende der 80er und in den 90er Jahren war er in Spitzenpositionen zu finden. Direkten Zugriff hatte er jedoch nicht nur auf den Organisationsapparat der Partei, sondern vor allem auf ihr spärliches Pressewesen. Die „Deutsche Zukunft“, das Landesblatt der NPD, wurde von ihm verantwortet und maßgeblich gestaltet. Und auch die „Deutsche Stimme“, das Parteiorgan, war vor ihrer Professionalisierung zum Teil sein Werk. Gerade in dieser Phase, da die NPD einen akuten Mangel an Funktionären mit Erfahrung hatte, die auch selbst Kontinuität verkörperten, waren Kader wie Frenz für die Neonazis unverzichtbar. Folgerichtig stammte der Jubiläumsband zum 30-jährigen Bestehen der NPD aus seiner Feder, wirkte er am Nachfolgeprojekt „Alles Große steht im Sturm“ mit.

■ Der Verdacht als Normalzustand ■

Als verzichtbar sah dagegen der Verfassungsschutz Frenz 1995 an. Er sei aus dem Ruder gelaufen, so die heutigen Angaben, habe sich zunehmend radikalisiert. Ein radikaler Neonazi ist Frenz zweifellos stets gewesen. Winfried Krauss (Frankfurt/M.), langjähriger führender NPD-Funktionär, kritisiert jetzt, die Belegstellen im Kapitel über die NPD im Verfassungsschutzbericht 1996 stammten zu zwei Dritteln von Frenz. In der NPD sei bereits Mitte der 90er Jahre klar gewesen, dass es sich bei ihm um einen Agenten handle. Krauss selbst habe die Aufgabe gehabt, Frenz „in meine Arbeitsgruppe aufzunehmen und (zunächst) im Glauben zu lassen, er sei nicht enttarnt.“ Natürlich werden dabei Rolle und Einfluss von Frenz minimiert. „All das Geschreibe von Frenz, dem mit hoher Wahrscheinlichkeit direkt im ‘Amt’ zugearbeitet wurde, kam – soweit es die Bundesebene betraf – über meinen Schreibtisch zur Prüfung. (...) Auch die Parteizeitung ‘Deutsche Stimme’ gab dem VS-Agenten nur wenig Raum.“ Frenz sei damals aufgefordert worden, die NPD wegen seiner Spitzeltätigkeit zu verlassen. Er habe diese jedoch vehement bestritten. Da sie der Partei bekannt geworden sei, habe man ihn nicht wiedergewählt. Krauss verschweigt, dass Frenz bis 1998 dem Bundesvorstand angehörte.

1998 veröffentlichte Frenz sein antisemitisches Machwerk „Der Verlust der Väterlichkeit oder Das

Jahrhundert der Juden“, das laut Krauss „definitiv NICHT in der NPD zur Geltung“ gekommen sei. Das Pamphlet wurde 1999 von der Bundesprüfstelle als jugendgefährdend indiziert. Diese Wirkung ergebe sich aus dem „mit antisemitischen Botschaften und Parolen durchsetzten Inhalt, der in seiner Schlussfolgerung sich zu der These verstärkt, dass es den Holocaust unter dem Naziregime nicht gegeben haben kann ...“ Frenz schlussfolgert: „Alles, was der Legende des Holocausts dient, vergiftet die Herzen künftiger Generationen von Juden und Deutschen.“ Das gesamte Werk, so die Bundesprüfstelle, sei darauf ausgelegt.

Gegen die Behauptungen der NPD, Frenz sei „innerparteilich“ ausgeschaltet worden, spricht auch dessen Autorenschaft in dem von Holger Apfel herausgegebenen Jubiläumsband. Dort schrieb Frenz sowohl über die Gründung der NPD als auch über die Geschichte des Landesverbandes Nordrhein-Westfalen. Hier wird zugleich deutlich, dass sich der Antisemitismus in der NPD nicht auf Frenz beschränkte. Dieser gibt einen Brief des führenden Funktionärs von Grünberg wieder, der über ein Gespräch mit dem jüdischen Publizisten William S. Schlamm berichtet: „Schlamm ist in Ordnung, die Beschneidung kann zurückgenommen werden.“

Die allgegenwärtige Agentenparanoia in der NPD führte phasenweise dazu, dass nahezu jeder als Spitzel verdächtigt wurde. Dass dies auch mit Frenz passierte, war eher Normalzustand. Offener Antisemitismus war in der NPD nie ein Grund, sich von der betreffenden Person zu distanzieren. Der Verdacht traf auch den inzwischen ebenfalls als Spitzel enttarnten langjährigen NRW-Landesvorsitzenden Udo Holtmann, auch er langjährig im Bundesvorstand aktiv und zeitweise auch für den „Ordnerdienst“ der Partei in dem Bundesland verantwortlich. Öffentlich geäußert wurde dieser Verdacht – allerdings ohne konkrete Namensnennung – von dem früheren NPD-Vorsitzenden Günter Deckert in einer Sonderausgabe seiner „Deckert-Stimme“. Deckert schreibt über seine innerparteilichen Gegner: „Vom Putsch-PV, d.h. von denen bekannt ist, dass sie für die Entmachtung Deckerts gestimmt haben, sind neben Voigt/Eigenfeld nur noch Apfel sowie der ‚IM VS‘ und ‚Inhaber eines Offenbarungseides‘ in Amt und Würden.“ Für jeden Insider war klar, dass nur Holtmann damit gemeint sein konnte. Solche Verdächtigungen blieben jedoch in der Regel folgenlos, da jeder in ihnen zunächst nicht mehr als ein wirksames Mittel zur Denunziation politischer Gegner erblickte.

Zudem handelte es sich bei den inzwischen enttarnten Funktionären jeweils um langjährige Aktivisten der Partei, die den Kurs und die Entwicklung der NPD wesentlich mitbestimmt haben. Inzwischen hat die NPD sowohl gegen Frenz als auch gegen Holtmann Ausschlussverfahren eingeleitet. Horst Mahler will die von Frenz in NPD-Publikationen benutzten Pseudonyme aufdecken. Erst dies dürfte eine Einschätzung ermöglichen, in welchem Umfang tatsächlich die Aussagen dieses V-Mannes in die Verbotsanträge und deren Begründungen eingeflossen sind.

■ Denunziation politischer Gegner ■

Auch wenn die Neonazis die gegenwärtige Entwicklung als Sieg feiern, dürfte die Agentenparanoia in der NPD als Folge noch zunehmen. Niemand traut niemandem mehr. Grundsätzlich wird erst einmal jeder Verdacht, ein bestimmter Funktionär könne Spitzel sein, für möglich gehalten. Dies gilt auch für die beiden JN-Aktivisten Nico Wedding (Duisburg) und Thorsten Crämer, letzterer zudem Stadtrat der NPD in Schwelm. Beide waren im Sommer 2000 am Überfall auf eine Gruppe Antifaschisten beteiligt und dafür zu Haftstrafen verurteilt worden. Noch vor kurzem waren die Haftentlassung von Crämer und seine Teilnahme an einer Ratssitzung in Schwelm bejubelt worden. Sollten sich diese Gerüchte bestätigen, liegt es nahe, dass die NPD – wie in den Fällen Frenz und Holtmann – vom Einsatz von agents provocateurs gegen sie sprechen wird. So oder so: die lange Liste der Skandale um V-Leute in der NPD wird noch länger. Ständig tauchen neue Namen von Verdächtigten auf. Ausdrücklich dementiert wird von der NPD lediglich die Meldung, auch der Bundeschatzmeister, Erwin Kemna, stehe auf der Liste der Informanten. Anwalt Mahler versucht, den Skandal zu nutzen, um seine Partei in die Offensive zu bringen. So zeigte er einen Beamten des Innenministeriums wegen Geheimnisverrat an. Gleichzeitig kündigte er die Aufdeckung der Namen weiterer Agenten an. Und die NPD behauptet, über einen Spitzel informiert zu sein, den der Militärische Abschirmdienst auf sie angesetzt habe.

Es wäre leichtfertig, den Wahrheitsgehalt solcher Vermutungen auszuschließen. Doch auch dann, wenn sie zutreffend sein sollten, ist eines nicht zu leugnen: der verfassungswidrige Charakter der NPD. Und der interessiert das Bundesverfassungsgericht in der Hauptsache.

Jean Cremet

Aktivitäten**„Der letzte Marsch“****Neonazis erteilen der NPD eine Absage**

Statt einig gegen die Wehrmachtsausstellung auf die Straße zu gehen, gab's erst einmal Uneinigkeit bei den Neonazis, die am Samstag, den 2. Februar zu einer NPD-Demonstration nach Bielefeld gekommen waren. Steffen Hupka, von der Partei ausgeschlossener Kopf der Revolutionären Plattform, ergriff gleich zu Beginn das Wort, um über die Parteispitze, die ihn mit einem Redeverbot bei NPD-Veranstaltungen belegt hatte, zu klagen. Beifall, aber auch „Spalter“-Rufe erntete Hupka, dessen Lautsprecheranlage zeitweise mit der der NPD konkurrieren musste: Mit Marschmusik versuchten die NPD'ler, Hupkas Rede zu übertönen.

NPD und Neonazi-Kameradschaften hatten weit mehr als Demonstranten. Von 1500 Teilnehmern sprach die NPD, von bis zu 1700 gar die Polizei. Verzichteten mussten sie auf zwei vorgesehene Redner: Christian Worch, weil er gegen Auflagen verstoßen hatte, und Friedhelm Busse wegen volksverhetzenden Äußerungen bei früheren Aufmärschen. Statt ihrer boten die Veranstalter NPD-Bundesvize Holger Apfel und – als Vertreter der so genannten Erlebnissgeneration – Walter Schaf auf. Auch das Fußvolk der „freien Nationalisten“ wurde mit Rednern bedient: mit Thomas Wulff und Hartmut Wostupatsch, der zuletzt bei kaum einem der Neonazi-Aufläufe in Nordrhein-Westfalen fehlte. NRW-Innenminister Fritz Behrens nannte die Demonstration einen weiteren Beleg für die Verfassungsfeindlichkeit der NPD, die ungeniert mit gewaltbereiten Neonazis kooperiere.

Die Zusammenarbeit mit der NPD wird derweil zumindest vorerst von den „Freien Nationalisten“ in NRW aufgekündigt. Das Widerstandsbüro West verbreitete unter dem Motto „Keine Absprachen mit Verrätern und ihren Helfern!“ eine Absage an die Partei, in der führende Kräfte für den Verfassungsschutz gearbeitet hätten – was der Bundesvorstand gewusst habe. Der 2. Februar werde „wohl für geraume Zeit der letzte Marsch sein, bei dem sich die NPD in NRW auf die Unterstützung freier Aktivisten verlassen kann“. Die „Freien“ wollen am 2. März erneut in Bielefeld auf die Straße gehen. Würde Hupka dort wieder sprechen, bliebe der diesmalige Widerspruch wohl aus. T.S.

Aktivitäten**Gedränge am Rand****Bei den extrem rechten Fraktionen steht das Geld vielfach vor der Idee. Die Schill-Partei zeigt sich in Sachsen-Anhalt bei der Nachwuchssuche wenig wählerisch.**

Es war das Geld, das einst zum Bruch der DVU-Fraktion im Landtag von Sachsen-Anhalt geführt hatte. Mehrere Abgeordnete, die den finanziellen Forderungen von DVU-Chef und -Finanzier Gerhard Frey keine Folge mehr leisten wollten, traten aus der Partei aus und formierten sich im Magdeburger Landtag als Fraktion der Freiheitlichen Deutschen Volkspartei (FDVP). Mit politischen Ansprüchen abseits finanzieller Gelüste und der Berufung auf FPÖ-Chef Jörg Haider wollte man fortan weiterhin Landespolitik unter nationalen Vorzeichen machen, die sich inhaltlich nicht allzuweit von der Politik des Frey-Clans unterscheiden sollte. Der Verfassungsschutz des Landes beobachtet seit her zwei Parteien, die im Parlament vertreten sind.

Aber auch der FDVP ist jüngst wieder ein Abgeordneter abhanden gekommen. Der 23-jährige Lokomotivführer Mirko Mokry erklärte seinen Austritt aus Partei und Fraktion. Grund: Auch die FDVP möchte ihren Parlamentariern an die Geldbörse. 20 000 Mark (über 10 000 Euro), klagt Mokry, habe die Partei, die von Fraktionschefin Claudia Wiechmann und ihrem als Parlamentarischen Geschäftsführer der Fraktion fungierenden Vater Rudi Wiechmann als Quasi-Familienunternehmen kaum weniger autokratisch und selbstherrlich geführt wird als die DVU von Gerhard Frey, von den Abgeordneten verlangt, damit diese auf einen halbwegs aussichtsreichen Listenplatz für die Landtagswahl am 21. April platziert werden. Seine Abgeordneten-Diäten in Höhe von rund 3 400 Euro zuzüglich der steuerfreien Aufwandsentschädigungen in nicht unbeträchtlicher Höhe streicht Mokry weiterhin ein, zumindest in der jüngsten Landtagssitzung ward er jedoch nicht gesehen.

Die Reihen der Rechten hatten sich im jüngsten Plenum des Landesparlaments ohnehin stark gelichtet. Von 16 Abgeordneten, die im Sommer 1998 auf dem Ticket der DVU in den Landtag eingezogen waren, nahm bei der Januarsitzung des Parlaments kaum noch jemand vom parlamentarischen Geschehen Notiz. Zeitweilig saßen nur vier von 16

Abgeordneten, die 1998 unter heftigem Medieninteresse in den Magdeburger Landtag eingezogen waren, auf ihren Stühlen im Plenarsaal.

Die DVU-Fraktion beteiligte sich an den meisten Debatten schon gar nicht mehr mit eigenen Redebeiträgen. Eine Entwicklung, die Beobachter der Landespolitik schon seit längerem feststellen. Offenbar hat DVU-Chef Frey seine Landesadlaten in Sachsen-Anhalt bereits abgeschrieben. Denn eine Wiederwahl der DVU in den neuen Landtag am 21. April dürfte denkbar undenkbar sein. Offiziell sei noch keine Entscheidung über die Kandidatur der Partei bei der Landtagswahl gefallen, verkündete ein Parteisprecher in München. Mittlerweile dürfte der Nichtantritt aber entschieden sein. Schließlich ist von Frey bekannt, dass er seiner Partei finanziell am liebsten dann bei Wahlkämpfen unter die Arme greift, wenn eine gewisse Aussicht wenn schon nicht auf Überwindung der Fünf-Prozent-Hürde doch wenigstens auf die Ein-Prozent-Hürde und damit auf die gesetzliche Wahlkampfkosten-Rückerstattung winkt.

■ Abgehalfterte „Leistungsträger“ ■

Am rechten Rand wird es in Sachsen-Anhalt hingegen zu eng für derartig rosige Aussichten. Neben der DVU-Abspaltung Freiheitliche Deutsche Volkspartei (FDVP) des Familienclans Wiechmann will sich auch die Partei Rechtsstaatliche Offensive des als „Richter Gnadenlos“ bekannt gewordenen Hamburger Amtsrichters und heutigen Innenministers Ronald Barnabas Schill an der Wahl beteiligen. Die Gründung der Landespartei und die Aufstellung der Landesliste der so genannten Schill-Partei erfolgte jetzt am 2. Februar. Zum Landeschef wurde der Unternehmer Ulrich Marseille gewählt. Er führt die Partei auch als Spitzenkandidat in die Landtagswahl, ist aber – mangels eigenen Wohnsitzes in Sachsen-Anhalt – nicht auf der Landesliste vertreten. Klar war, dass sich die Schill-Partei die Geburt ihres jüngsten Landesbabys durchaus einiges zu kosten lassen bereit ist. Denn zum Gründungsparteitag des sachsen-anhaltischen Landesverbandes lud die Partei ins Hotel „Rotes Ross“ zu Halle/Saale, das zur Kempinski-Gruppe gehört und als luxuriöses, allerdings auch als kostspieligstes Haus in Sachsen-Anhalts größter Stadt gilt.

Aber auch die Schill-Partei muss bereits ihre erste Abspaltung verzeichnen. Denn dass ausgerechnet

der westdeutsche Klinikmulti Ulrich Marseille den Aufbauhelfer von Schill in Sachsen-Anhalt spielt, mochten dort viele Parteifreunde nicht so recht einsehen. Sie gründeten die RBP, die Rechtsstaatliche Bürger-Partei, die nahezu die gleiche Programmatik wie die Schillpartei vertritt, sich aber eben nicht von einem finanzstarken Vorzeige-Wessi repräsentieren lassen will.

Die Schill-Partei fängt bereits an, auch unter Landtagsabgeordneten, die weder bei den Nominierungsparteitagen ihrer Parteien noch bei den Wahlkreisnominierungen zum Zuge gekommen sind, Nachwuchs zu akquirieren. Und dabei sind die Schill-Leute nicht eben wählerisch. Als „Leistungsträgerin des Parlaments“ lobte die Partei bereits die einstige CDU-Abgeordnete Gudrun Schnirch, die im Januar ihr Abgeordnetenmandat niedergelegt hatte und zur Schill-Partei übergetreten war. Politische Beobachter des Landtages mussten allerdings, als die Nachricht des Übertritts bekannt wurde, zunächst in einem Landtagshandbuch blättern, um sich ein Bild darüber zu verschaffen, was für ein Gesicht sich hinter diesem Namen verbirgt. Recherchen von Parlamentsjournalisten und Landtagsmitarbeitern haben bisher nicht mehr als eine einzige Rede der Abgeordneten in nahezu vier Jahren Parlamentszugehörigkeit zu Tage gefördert.

Mit weiteren „Leistungsträgern des Parlaments“ will die Schill-Partei eigenen Angaben zufolge bereits im Gespräch über einen Übertritt sein. Es dürften erneut Enttäuschte und Verlierer sein. In den drei großen Fraktionen von SPD, CDU und PDS sind durchaus auch mehrere Abgeordnete auf Listenplätze gesetzt worden, die einen Wiedereinzug in den Landtag unwahrscheinlich machen. Und zudem hat der Magdeburger Landtag bereits drei fraktionslose Abgeordnete, für die der Landtagszug ohne neue Partei ohnehin abgefahren sein dürfte. Alle drei sind erst 1998 erstmals in den Landtag eingezogen und hätten damit nicht einmal Anspruch auf Ruhestandsbezüge, die es erst nach sechs Jahren Landtagszugehörigkeit gibt. Einer von den dreien, Manfred Stephan, war als SPD-Kandidat ins Landesparlament eingezogen, zwei weitere, Torsten Miksch und Mirko Mokry, kamen über die DVU-Liste in den Landtag. Sollten es diese drei sein, mit denen die Schill-Partei Gespräche führt, dann wäre „Richter Gnadenlos“ einer Falschaussage überführt. Denn ehemalige DVU-Mitglieder, so hat er lautstark verkündet, möchte er in seiner Partei nicht haben.

Eberhard Löblich

Ausland**Helfer aus der Not**

Der rechtsextreme Präsidentschaftskandidat Jean Marie Le Pen will es heute vor allem Jacques Chirac heimzahlen.

Der Journalist Eric Zemmour hat es geschafft, ein wenig Pfeffer auf politische Wunden der jüngeren Vergangenheit zu streuen und dadurch den französischen Vorwahlkampf zu beleben. In seinem am 17. Januar erschienen Buch über Jacques Chirac, das den Titel „L'homme qui ne s'aimait pas“ trägt, enthüllt der Spezialist für französische Innenpolitik, dass Chirac im Jahr 1988 den rechtsextremen Politiker Jean-Marie Le Pen heimlich getroffen habe. Und zwar, das gibt der Sache ihren Reiz, zwischen den beiden Wahlgängen der Präsidentschaftswahl Ende April und Anfang Mai.

Beide Politiker, der Bürgerliche Jacques Chirac und der Rechtsextreme Jean-Marie Le Pen, waren damals und sind heute wieder Kandidaten bei der Präsidentschaftswahl. Für dieses Jahr ist der Wahltermin auf den 21. April und 5. Mai festgelegt worden. Dem Journalisten Zemmour zufolge soll Chirac – der dann in der Stichwahl durch François Mitterrand geschlagen wurde – den Chef des Front National um „diskrete Unterstützung“ gebeten haben. Die hatte er auch nötig: Chirac hatte im ersten Wahlgang am 24. April 1988 nur 19,9 Prozent der Stimmen erhalten, ein weiterer bürgerlicher Kandidat – Raymond Barre – hatte ihm Konkurrenz gemacht und 16,5 Prozent auf sich vereinigt. Und Jean-Marie Le Pen hatte 14,4 Prozent erzielt und damit seinen bisher größten Wahltriumph gefeiert.

Den Rest hat Le Pen dem Journalisten bei einem privaten Treffen im Januar 2001 folgendermaßen berichtet: „Chirac war sehr nervös (...) Es war ihm peinlich. Und seine Peinlichkeit war mir peinlich. Er sagte zu mir: 'Ich kann Ihnen keine politischen Konzessionen machen.' Ich antwortete ihm, dass man unter diesen Bedingungen nichts machen könne. Er forderte mich auf: 'Helfen Sie mir, aber sprechen Sie bloß keine Wahlempfehlung für mich aus.'“ Das Treffen fand demnach in der Wohnung des Generals Pierre Guillaing de Bougainville statt, der im Dezember 2001 verstarb, und wurde durch Chiracs damaligen Innenminister – den konservativen Rechtsaußen Charles Pasqua – eingefädelt. Zemmour hat auch Pasqua mehrfach getroffen.

Folgt man dem Autor, der sich auf Angaben von Pasqua stützt, dann hat ein zweites Treffen stattgefunden. Bei dem hätten die Teams der beiden Politiker „die Formel zur wenig auffälligen Unterstützung“ zugunsten Chiracs ausgehandelt.

Tatsache oder Legende? In den Archiven nachlesbar ist jedenfalls, dass Jean-Marie Le Pen in seiner Rede auf der Demonstration des Front National zum 1. Mai 1988 – in jenem Jahr versuchte die Partei erstmals, den Arbeiterfeiertag zum Aufmarschtag für die „Nationalheilige“ Jeanne d'Arc umzufunktionieren – den Slogan ausgab: „Nein, nein, nein, keine Stimme für François Mitterrand.“ Und im Folgenden führte er aus: „Diejenigen, für die das Wichtigste ist – und es stimmt, dass es das ist, was zählt – Mitterrand und den Sozialismus zu verhindern, diejenigen werden für den übriggebliebenen Kandidaten votieren.“ Anders ausgedrückt: für Jacques Chirac.

■ „Ein Dieb und Lügner“ ■

Doch am 8. Mai 1988 verlor Chirac die Wahl gegen Amtsinhaber François Mitterrand. Letzterer löste daraufhin das Parlament auf und schrieb Neuwahlen aus, die im Juni 1988 stattfanden. Bei diesen verweigerte Chirac, als Chef des bürgerlichen Lagers, jede Listenverbindung mit den Rechtsextremen, die deswegen – die konservative Regierung Chiracs hatte 1986 das Mehrheitswahlrecht eingeführt – ihrer Parlamentsfraktion beraubt wurden. Jean-Marie Le Pen scheint seitdem, und mit fortschreitender Altersstarrheit, nur noch ein Ziel zu kennen: Sich an Chirac zu rächen. Am 1. Mai 1995, der wiederum zwischen zwei Durchgängen der Präsidentschaftswahl fiel, gab er dann die Formel aus: „Chirac, c'est Jospin en pire“ (Chirac ist das Gleiche wie Jospin, nur schlimmer). Und für die Wahl 2002 lässt er ebenfalls seine Präferenzen durchblicken – und träumt davon, Chirac verlieren zu lassen, falls der das Bündnis mit ihm (was zu erwarten ist) verweigert.

Der Ex-Innenminister und nationalpopulistische Präsidentschaftskandidat Charles Pasqua hat mittlerweile bestätigt, das damalige Zusammentreffen eingefädelt zu haben. Chirac seinerseits leugnet. Le Pen – der die Zusammenkunft ebenfalls öffentlich bestätigte – kommentierte dies mit den Worten, der in Korruptionsaffären verwickelte französische Staatspräsident sei „nicht nur ein Dieb, sondern auch ein Lügner“.

Bernhard Schmid

Ausland**Die weiße Haut**

Der medienbewusste Matt Hale will an die Spitze einer neu entstehenden rechtsextremen Bewegung in den USA.

Die für ihre organisatorische Fragmentierung bekannte US-amerikanische extreme Rechte formiert sich nach verschiedenen Rückschlägen neu. Unter der Ägide der World Church of the Creator (WCOTC) und ihrem umtriebigen „Pontifex Maximus“ Matt Hale fand am 12. Januar in der Kleinstadt York, Pennsylvania, eine Veranstaltung mit dem Titel „Wie Schwarze und Juden Amerika zerstört haben“ statt. Eine Zusammenkunft der aggressiv rassistischen und antisemitischen WCOTC wäre keine Besonderheit, wenn hier nicht weitere zentrale rechtsextreme Gruppen beteiligt wären. So wollte neben Hale Billy Roper, einer der wichtigsten Organisatoren der National Alliance (NA), darüber aufklären, wie die „sklavisch pro-israelische Außenpolitik“ der USA die Terroranschläge vom 11. September provoziert habe.

Prekär wurde die Lage für das Städtchen York, als auch die Ende der 80er Jahre in Texas gegründete und mittlerweile weltweit operierende „SS der Bewegung“, die Hammerskin Nation, ihre Teilnahme ebenso zusagte wie die sich nach einer verlorenen Schadensersatzklage neu gruppierenden Aryan Nations (vgl. BNR 23/01) und National Socialist Movement, SA-Uniform tragende Neonazis aus Minneapolis. Einige Tage vor der Kundgebung frohlockte Hale in einer Presseerklärung: „Durch die Vereinigung unserer Kräfte für die gemeinsame Sache, der Rettung unserer weißen Rasse, haben wir die beste Chance unsere weiße Rasse wirklich zu erhalten (...) Wir wollen die Juden aus Amerika raus haben, und zwar sofort.“

Mehr und mehr kristallisieren sich Rassismus und vor allem mit Verschwörungstheorien durchtränkter Antisemitismus als ideologische Bindeglieder heraus, die stark genug sind, die wichtigsten rechtsextremen Gruppe näher zusammenrücken zu lassen. Auch hier ist nach dem 11. September „nichts mehr wie zuvor“. Die Attacken auf zentrale Symbole des verhassten „jüdisch-mammonistischen Systems“ (World Trade Center und Pentagon), die innerhalb der amerikanischen extremen Rechten fast einhellig begrüßt wurden (vgl. BNR 19 und 20/01),

haben bekennenden Rassisten Auftrieb gegeben. So wird Roper mit den Worten zitiert: „Der Feind unserer Feinde ist, für den Moment zumindest, unser Freund (...) Wir möchten nicht, dass sie (die Araber) unsere Töchter heiraten, aber jeder, der bereit ist ein Flugzeug in ein Gebäude zu fliegen und Juden zu töten ist ok für mich.“

Nicht zufällig hat der medienbewusste Matt Hale, dessen WCOTC neben der National Alliance die aktivste und am schnellsten anwachsende rechtsextreme Gruppe ist, das Städtchen York für das Spektakel ausgesucht. Rassenunruhen kamen im vergangenen Sommer wieder auf die Agenda, als neun Männer, unter ihnen der frühere Bürgermeister, wegen Mordes an einem schwarzen Mädchen angeklagt wurden, während zwei schwarze Männer, die einen weißen Polizisten erschossen hatten, im Oktober 2001 verhaftet wurden. In dieser explosiven Situation marschierten am 12. Januar rund 250 Rechtsextremisten mit Fahnen und Uniformen in York auf und trafen auf mehrere hundert Gegendemonstranten, darunter etwa 100 militante Antirassisten. In Folge von gewalttätigen Auseinandersetzungen wurde die Kundgebung frühzeitig von der Polizei abgebrochen.

■ „Arische Brüder und Schwestern“ in Illinois konzentrieren ■

Hale frohlockt. Er hat einen von nationalen Medien vielbeachteten Coup gelandet, der seine Organisation an die Spitze einer neuen rechtsextremen Vereinigungsbewegung setzen soll und ihm erhebliche Publicity bringt. In einer Presseerklärung bezeichnet er die Veranstaltung als die „bisher erfolgreichste überhaupt“. Nicht nur sieht er die antirassistischen Gruppen diskreditiert, sondern vor allem die „kontrollierten Massenmedien“, die nicht mehr behaupten könnten, dass „wir eine Randgruppe sind oder keine öffentliche Unterstützung haben (...) Wir sind ... soziale Aktivisten, die entschlossen sind, unser Land von denen zu befreien, die es plündern und verderben wollen (...) die nicht wollen, dass Amerika einfach ein Vasallenstaat eines anderen Landes ist ...“. Attacken wie diese gegen Immigranten und die angebliche Kontrolle Israels über die US-amerikanische Politik ist in den Reden und Schriften der WCOTC allgegenwärtig.

Neben Punktgewinnen in den Medien erkennt Hale auch die Chance, die eine Verfestigung der in York begonnenen Neuformierung der extremen

amerikanischen Rechten in sich birgt. So dankt er ausdrücklich allen „weißen Brüdern und Schwestern“, die „egal welche Flagge sie hissen oder welcher Organisation sie angehören“ Schulter an Schulter gestanden haben für die „wahrhaftigste Uniform, die es gibt: ihre weiße Haut“. Diese Art der Verbundenheit zeigte sich auch schon früher bei gemeinsamen Demonstrationen. So demonstrierte die National Alliance am 15. Dezember 2001 mit Unterstützung der WCOTC vor der israelischen Botschaft in Washington mit der Parole „Israels Rassismus ist verantwortlich für den 11. September“. Am 29. Juli 2001 unterstützte die WCOTC eine NA-Demonstration vor der deutschen Botschaft in Washington gegen das Verbot der NPD, für die Freilassung von Hendrik Möbus und „freie Meinungsäußerung“ in Deutschland. Während hier Vertreter der inzwischen aufgelösten American Friends of the British National Party anwesend waren, reisten bei einer ähnlichen Demonstration im April 2001 sogar Kameraden aus Deutschland an – unter anderem Jürgen Distler von der NPD.

Neben den zwei Entwicklungslinien Neuformierung und Internationalisierung verläuft noch eine weitere: die so genannte Konsolidierung. Die WCOTC betreibt neuerdings offensiv das Konzept, „arische Brüder und Schwestern“ in einem geographischen Raum zu konzentrieren. Auf der WCOTC-Webseite ruft Hale zum Zuzug seiner Anhänger nach Illinois auf: in die Umgebung seines Wohnortes Preoria. Ausgerechnet hier, wo Hale seine Zulassung als Anwalt verweigert wurde, soll durch eine Konzentration der Kräfte der Grundstein für eine rechtsextreme Bewegung unter Führung der WCOTC gelegt werden. Auf der Webseite finden sich bereits detaillierte Hinweise zum Umzug nach Preoria sowie zur Arbeitssuche, Pläne zum Bau einer Kirche und einer WCOTC-Schule.

Derweilen sind weitere Treffen verschiedener rechtsextremer US-Gruppen geplant. Zum „Nationalist Rendezvous“ am 2. März in Dahlenega, Georgia, haben laut Koordinator Chester Doles bereits neben Hale Tom Metzger von White Aryan Resistance (WAR), Will Williams, Koordinator für North Carolina der National Alliance, und ein Vertreter der Hammerskins zugesagt. Weitere Sprecher, wie zum Beispiel Ex-Klansman und Stormfront-Webmaster Don Black oder David Dukes European-American Unity and Rights Organization (EURO) sind angefragt. Es ist nicht auszuschließen, dass zu Hitlers Geburtstag am 20. April York nochmals heimgesucht wird. *Thomas Grumke*

Grauzone

Schillernder Senator

Beitrag in der JF sorgt für Aufregung

Die Redaktion wirbt mit seiner Autorenschaft – in der „Jungen Freiheit“ (JF) vom 13. Oktober 2000 erörterte der Vizechef der Schill-Partei Mario Mettbach die Herabsetzung der Strafmündigkeit auf 12 Jahre. „Die Kinder von heute werden die Verbrecher von morgen sein“, schrieb der heutige Bau- und Verkehrssenator, „wenn die Gesellschaft nicht in der Lage ist, ihnen die Grenzen aufzuzeigen“. Während des Hamburger Wahlkampfs 2001 berichtete die „tageszeitung“ mehrmals über Mettbachs JF-Beitrag und dessen Gesprächsbereitschaft mit der rechten Wochenzeitung. Doch erst nachdem jetzt das „Hamburger Abendblatt“ die Autorenschaft skandalisierte, reagierte die Hanseatische Bürgerschaftsopposition: Die SPD-Fraktion forderte wegen der widersprüchlichen Aussagen den Rücktritt des Senators. Denn gegenüber dem Abendblatt hatte Mettbach anfänglich bestritten, für die JF geschrieben zu haben und dann doch eingestanden, den „Artikel auf Anfrage“ verfasst zu haben. Aufgrund der „vielfältigen Pressekontakte“ hätte er sich aber nicht entsinnen können. Für den SPD-Landeschef Olaf Scholz gehört der Beitrag zum „Doppelspiel der Schill-Partei, rechtsradikales Wählerpotenzial auszunutzen, aber mit den Rechtsradikalen nichts zu tun haben zu wollen“.

Ähnlich lückenhaft war auch Mettbachs Erklärung, warum er seine 26-jährige Lebensgefährtin, Physiotherapeutin, für rund 4000 Euro im Monat als persönliche Referentin eingestellt hat. Der „Täuschungen und Erinnerungslücken“ seien, laut Scholz „nun genug“. Auch die GAL-Fraktion schloss sich der Rücktrittsforderung an. Was jedoch etwas „doppelmoralisch“ erscheint, hat doch am 21. Juli 2000, wie nun bekannt wurde, die damalige GAL-Vorstandssprecherin Kordula Leites in der JF zu der Frage „Soll Helmut Kohl in Beugehaft?“ geschrieben. „Unglücklich“, meint der 2. Vorstandssprecher Jens Kerstan. Aber, so erläutert er „nicht die Veröffentlichung an sich, sondern Mettbachs Falschaussagen“ seien das Problematische. Außerdem wäre es „heikel(er), wenn ein Richter in einer rechten Zeitung schreibt“. Die JF-Redaktion sieht dies anders: Wenn sogar eine GAL-Frau für sie schrieb, sei die Aufregung um Mettbach wohl „lächerlich“. *Andreas Speit*

Grauzone

„Verräterschweine“

Wegen seiner starken Rechtslastigkeit bekommt der Bonner RCDS Konkurrenz aus dem eigenen Lager.

Normalerweise sind die Verhältnisse bei Wahlen zu den Studentenparlamenten übersichtlich. Die konservativen Kommilitonen wählen den CDU-nahen Ring christdemokratischer Studenten (RCDS) oder ihm nahestehende Studentenorganisationen. Doch in Bonn hatten in diesen Tagen bürgerliche Studenten die Qual der Wahl. Denn auf den Wahlzetteln konnten sie neben dem RCDS auch die Junge Union-Hochschulgruppe ankreuzen, die mit einer eigenen Liste um Stimmen warb. Die Konkurrenz hat einen politischen Hintergrund. Der Bonner RCDS ist sowohl der Jungen Union als auch dem Bundesvorstand des RCDS einfach zu rechts.

Das ist für Kenner der Bonner Hochschulpolitik freilich keine Überraschung. Neu ist nur, dass die Rechtslastigkeit des RCDS jetzt sogar im christdemokratischen Milieu nicht mehr übersehen werden kann und bei der Stupa-Wahl zu organisatorischen Konsequenzen geführt hat. Der Bonner JU-Vorsitzende Felix Wagner bringt die Gründe für die organisatorische Trennung so auf den Punkt: „Der RCDS kann das bürgerliche Lager nicht mehr vertreten.“ Man trete mit einer eigenen Liste an, weil mehrere Jahre vergebens versucht wurde, den RCDS von seiner Rechtslastigkeit zu befreien, erklärte Wagner der „tageszeitung“.

■ **„Mode unter politisch korrektem Diktat“** ■

Auf dem ersten Blick findet man auf den Homepages der konkurrierenden Gruppen kaum Differenzen. „Unideologisch und pragmatisch“ heißt das Motto auf der Website des RCDS Bonn. Die Bonner JU-Hochschulgruppe wirbt mit dem Slogan „Ideen statt Ideologien“. Nur im Gästebuch der JU-Internetseite wird deutlich, wie tief der Riss zwischen den verfeindeten christdemokratischen Brüdern ist. Unter dem Pseudonym „Zeckenjäger“ schreibt ein Angehöriger der Bonner Jura-Fakultät: „Nicht nur, dass Ihr gegen eine andere CDU-Gruppe antretet, nein Ihr müsst sie auch noch öffentlich schlecht machen! Ihr lanciert einen Artikel im

linksextremistischen Kampfblatt taz und dann verteilt Ihr den Scheiß auch noch in der Uni. Seid ihr noch ganz bei Trost? Solche Verräterschweine wie Ihr es seid haben in der Union nichts aber auch gar nichts verloren!“ Andere Internet-User warfen daraufhin dem RCDS vor, sich auf das intellektuelle Niveau von „Linksextremisten“ zu begeben und bescheinigen der JU-Hochschulgruppe, die Interessen der konservativen Studenten engagiert zu vertreten.

Immer wieder machten Bonner RCDS'ler durch ihr Agieren am rechten Rand von sich reden. Einige als bekennende Mitglieder in rechten Burschenschaften. Ein RCDS-Kandidat warb auf Wahlflugblättern mit einer großen Zahl 88. Diese Zahlenkombination steht in rechtsextremen Kreisen für „Heil Hitler“. Die Jungsozialisten an der Bonner Universität sahen darin ein Spielen mit dem Rechts extremismus. Das wiederum war für den „Junge Freiheit“-Kolumnisten Alexander Schmidt Anlass, sich in der rechten Wochenzeitung über „Mode unter politisch korrektem Diktat“ zu mokieren. Kein Wunder, dass der Autor über so gute Detailkenntnisse der Bonner Studentenpolitik verfügt. War er doch lange Zeit einer der intellektuellen Wortführer des Bonner RCDS.

Vor kurzem wurde Alexander Schmidt gemeinsam mit David Klein und Markus Büchel vom RCDS-Bundesvorstand wegen Rechtslastigkeit aus der christdemokratischen Nachwuchsorganisation ausgeschlossen. Alle drei waren im Bonner RCDS-Verband politisch aktiv. Büchel war nacheinander RCDS-Vorsitzender von Nordrhein-Westfalen und von Bonn. In einem Offenen Brief an den RCDS-Vorstand sprachen rechte CDU-Mitglieder daraufhin von Anbiederung an die Linke. „Zeitungen und Zeitschriften wie das Ostpreußenblatt, Junge Freiheit, Epoche und Criticon blieben von der CDU ungenutzt, weil man sich vor einem klaren Bekenntnis zum Konservatismus scheute“ heißt es dort.

Die Kontakte zur Mutterpartei scheinen so schlecht allerdings nicht zu sein. Immerhin kann der Bonner RCDS demnächst den CDU/CSU-Fraktionsvorsitzenden im Bundestag Friedrich Merz in Bonn begrüßen, wie er auf seiner Homepage mitteilt. Auch die CDU-Führung dürfte an einem totalen Bruch kein Interesse haben. Schließlich will die Union im Bundestagswahlkampf die Stimmen des gesamten rechten Milieus sammeln und verhindern, dass sich mit der Schill-Partei doch eine rechte Konkurrenzpartei etabliert.

Peter Nowak

NS-Vergangenheit**Gehirnmaterial**

Die NS-Euthanasie wirft lange Schatten. Jahrzehntlang wurden die sterblichen Überreste von Opfern später noch zu Versuchen missbraucht.

Die Gehirnschnitte sind mit Paraffin chemisch präpariert, oder zwischen zwei Glasplatten konserviert. Über 58 Jahre hatte das Ludwig-Boltzmann-Institut in Wien die etwa 10 000 Hirnpräparate von Euthanasieopfern aufbewahrt und zur Forschung missbraucht. Jahrzehntlang leugnete der Institutsdirektor Karl Jellinger die Existenz des „pathologischen Materials“ der Opfer des Nationalsozialismus. „Sämtliches verfügbare Hirnmaterial wurde nach Mitteilung des Vorstandes des pathologisch-anatomischen Instituts des Psychiatrischen Krankenhauses, seinerzeit bestattet“ schrieb Jellinger noch 1989 Wolfgang Neugebauer, dem Leiter des Dokumentationsarchiv des Österreichischen Widerstands. Nun haben Mitarbeiter des Dokumentationsarchiv die Präparate ordentlich katalogisiert auf dem Dachboden des Instituts gefunden. Darunter auch Gehirnschnitte von Irma Sperling aus Hamburg.

In den frühen Morgenstunden des 16. August 1943 wurden Irma und weitere 227 Mädchen und Frauen mit Bussen der „Gemeinnützigen Krankentransport GmbH“ von den Alsterdorfer Anstalten in der Hansestadt zur Wiener Klinik „Steinhof“ deportiert. Knapp fünf Monate später starb die 14-Jährige zusammen mit 14 anderen Mädchen aus der Anstalt nach „medizinischen Experimenten im Dienste der Wissenschaft“ in der Kinderfachabteilung des Wiener Klinikums. Die Leichen wurden obduziert, die Gehirne präpariert.

„Es ist unglaublich“, betont Irmas Schwester Antje Kosemund, „wir dachten alle verfügbaren sterblichen Überreste beigelegt zu haben“. Nach dem Tod ihres Vaters 1983 hatte sie mit der intensiven Suche nach den Spuren ihrer Schwester begonnen. Schon früher hatte sie der Verbleib ihrer 15 Monate jüngeren Schwester besorgt. Aber erst als sie in den Familienakten die Sterbeurkunde von Irma fand, war sie sich sicher, dass „etwas nicht stimmt“. „Ein Jahr nach ihrem Tod am 8. Januar 1944 kam die Sterbeurkunde“, erzählt Kosemund, „da wusste ich, dass etwas verheimlicht werden sollte.“

Heute weiß sie, dass der angegebene Sterbegrund „Grippe, Lungenentzündung“ die typische „Todesursache“ für NS-Euthanasie-Morde ist. Doch nur per Zufall erfuhr sie 1994 von dem tatsächlichen Verbleib der sterblichen Überreste. Bei einem Besuch in Tirol sah sie einen Fernsehbericht in dem von Präparaten in einer Gehirnkammer des Klinikums berichtet wurde. Nach jahrelangem Bemühen erstritt sie, unterstützt durch Michael Wunder von der Stiftung Alsterdorf, die Herausgabe der Gehirne der Hamburger Opfer. 1996 wurden alle noch vorhandenen sterblichen Überreste von Irma und weiteren neun Mädchen bei einer Gedenkveranstaltung für die insgesamt 508 Euthanasieopfer der Hamburger Einrichtung auf dem Ehrenfeld der Geschwister Scholl beigelegt. So glaubten es zumindest alle Betroffenen. „Mal wieder hat man uns belogen“, sagt nun Kosemund. Aber dies sei sie gewohnt. „Jahrzehntlang dienten die Gehirne der Opfer so manchem Täter als Forschungsmaterial“ hebt sie hervor. Vor allem der Wiener Psychiater Heinrich Gross, der als Oberarzt der Kinderfachabteilung, unmittelbar an der Tötung beteiligt war, forschte auch nach 1945 an den Gehirnpräparaten und machte sich damit einen akademischen Namen.

■ „Experimente für die Wissenschaft“ ■

Am 21. März 2000 stand der renommierte Psychiater wegen der Tötung von Kindern im Jahre 1943/44 vor dem Wiener Straflandesgericht. Eine Verurteilung erfolgte jedoch nicht. Bereits am ersten Verhandlungstag beteuerte Gross' Verteidiger: „Mein Mandant kann dem Prozess nicht folgen“. Kosemund wunderte es ein wenig, denn „bis 1999 war er der meist beschäftigte Gutachter und verdiente alleine mit seiner gerichtlichen Tätigkeit fast eine Million“ und „nach dem Gerichtstermin gab er der Presse Interviews“. Dennoch ist das Verfahren eingestellt worden.

Der NS-Mediziner hatte nicht zum ersten Mal vor Gericht gestanden. Schon 1950 verurteilte ihn eine Strafkammer zu zwei Jahren Haft, da unter seiner „medizinischen Betreuung“ 336 Kinder im Steinhof starben. Die Strafe wurde aber erlassen. Ebenso folgenlos blieb ein von Gross selbst angestrebtes Verfahren. Er hatte 1980 gegen die Aussage, „Gross war an der Tötung Hunderter angeblich geisteskranker Kinder beteiligt“ des Arztes Werner Vogt geklagt. Ohne Erfolg, aber auch ohne Auswirkungen. „Ich habe viele Arbeiten über

Gehirnschnitte gemacht, insgesamt 15 000 Gehirne“, räumt heute der 85-Jährige ein. „Ungefähr 300 von damals, aber nicht nur von Kindern“. Mit der Tötung will er aber bis heute nichts zu tun haben. Über die Hirnschnitte publizierte er diverse wissenschaftliche Arbeiten. Zusammen mit Barbara Uiberrak, die ebenso vor 1945 im Steinhof arbeitete, veröffentlichte er 1955 auch einen Artikel über das Gehirn des Alsterdorfer Mädchen Heide Grube. Zum Schluss bedauern sie, dass solche „Gehirnanomalien“ selten zur Untersuchung vorlägen. Auch mit Jellinger veröffentlichte er Studien über die Gehirne aus dem Fundus vom Steinhof. „Inwieweit sie dabei auf Präparate von Hamburger Opfern zurückgegriffen haben“, erklärt Wunder, „ist bisher noch nicht recherchiert“.

Bis 1981 konnte Gross die Dependence des Ludwig Boltzmann Instituts zur Erforschung von Missbildungen des Nervensystems am Steinhof ungestört leiten. Trotz seiner bekannten Vergangenheit war ihm 1968 die Leitung übertragen worden und 1975 erhielt er das Österreichische Ehrenkreuz für Wissenschaft und Kunst Erste Klasse. Die Dependence mit den Gehirnpräparaten wurde 1981 in die von dem Gross-Freund Jellinger geleitete Institutszentrale der Klinik Wien-Lainz aufgenommen. Bei der Verhandlung gegen Gross beschlagnahmte der Untersuchungsrichter die Krankengeschichten und 400 Präparate des Instituts. Aber erst jetzt konnten die sterblichen Überreste gesichtet werden.

„Dass die verloren geglaubten Hirnpräparate gefunden wurden, ist erfreulich“, meint Wunder, der seit Jahren nach ihnen sucht. Von allen Mädchen aus Hamburg wären ganze Serien von Präparaten vorhanden. „Ungeheuerlich ist jedoch das Ausmaß des mörderischen Forschungsdrang der NS-Mediziner“, sagt Wunder, „aus dem ganzen damaligen Deutschen Reich stammen die 10 000 Gehirnschnitte“. Noch ungeheuerlicher sei aber, so Wunder, dass über Jahre dieser Bestand von der Leitung des Boltzmann Instituts geleugnet und Gross bis heute gedeckt wurde.

Mit dem Prozess gegen Gross hat in Wien eine intensive Suche nach den sterblichen Überresten von Euthanasieopfern eingesetzt. Über Tausende präparierte sterbliche Überreste von getöteten Behinderten, Strafgefangenen und Widerstandskämpfern sind in den verschiedensten Instituten gefunden worden. Am 28. April dieses Jahres beabsichtigt die Stadt Wien, alle aufgefunden Präparate von NS-Opfern feierlich beizusetzen.

Andreas Speit

Seitenblick

Wege des Gedenkens

Wer Ende Januar in seiner Tageszeitung überregionale Informationen über den Holocaust-Gedenktag 2002 gesucht hat, der dürfte enttäuscht worden sein. Im Lokalteil konnte demgegenüber jeder fündig werden. Hier Besuch verjagter Juden, dort Erinnerung an Sinti und Roma, an verfolgte Schwule, Schüler/innen stellten Arbeiten zum Thema vor, Bücher zur Lokalgeschichte jener Zeit kamen auf den Markt und vieles andere mehr. Aber große Berichte – die gab es schlicht nicht. Auch nicht über die Gedenkstunde im Deutschen Bundestag am 28. Januar. Da behelfen sich die Blätter meistens mit einem Foto und einigen erläuternden Zeilen. Weil es am Vortag im Lokalteil Berichte über das gegeben hatte, was am 27. Januar vor der Tür geschehen war, blieb für den „Reichstag“ nur eine kleine Pflichtmeldung übrig.

Im kommenden Jahr dürfte das nicht viel anders sein und das muss nicht bedauert werden. Die Entwicklung ist vielmehr zu begrüßen. Nachdem der damalige Bundespräsident Roman Herzog im Jahr 1996 den 27. Januar, also den Befreiungstag von Auschwitz, zum nationalen Gedenktag für die NS-Opfer proklamiert hatte, gab es zwar 1997 vielerorts Veranstaltungen. Danach jedoch ging das örtliche Interesse spürbar zurück. Es kam vermehrt zu dem, was Roman Herzog ausdrücklich nicht wollte: Feierstunden im Nadelstreifen und Kränze an Gedenksteinen. Dann änderte sich das Bild langsam. Vor Ort begann man, sich etwas Neues einfallen zu lassen. In diesem Jahr zeigte sich, wie vielfältig das Erinnern sein kann. In den kommenden Jahren wird sich das vermutlich weiter verändern – und zwar hin zu noch mehr Arten der Erinnerung. Dort, wo es 2002 schon etwas gab, wird oft bereits für 2003 geplant. Wo man bisher eher ratlos war, schaut man zum Nachbarn und holt sich dort Anregungen. Wer darüber geschimpft haben sollte, dass die Nachrichtenagenturen einen bundesweiten Überblick schuldig geblieben sind, möge auch an ihre Grenzen denken. Es war zu viel los, um über alles berichten zu können. Aber jeder kann ja selbst mitmachen – aktiv oder passiv. Beides schwebte dem Bundespräsidenten vor, als er sagte, er sei nicht sicher, ob wir schon die richtige Art des Gedenkens gefunden haben. Nun scheinen Wege gesucht zu werden. Herzog hat Recht behalten.

Heiner Lichtenstein

Demokratische Initiativen**Erinnerungsbilder**

Den Blick aus der Perspektive junger Menschen zeigt eine beachtenswerte Dokumentation „Danach ist es ein Teil von dir...“. 22 Jugendliche aus sieben europäischen Ländern reflektieren, welche nachhaltigen Empfindungen ein Besuch in der Gedenkstätte Auschwitz-Birkenau bei ihnen ausgelöst hat. Auf 22 Schautafeln stellen sich die Teilnehmer/innen mit einem Bild und einer Kurzbeschreibung vor und schildern in einem selbst verfassten Text ihre Eindrücke aus der Begegnung mit diesem Ort. In nahezu sämtlichen Beiträgen klingt es an, dass die jungen Frauen und Männer dadurch an persönlicher Reife und Selbstbewusstsein gewonnen haben.

Vom 23. bis 27. Januar war die Ausstellung im Willy-Brandt-Haus in Berlin zu sehen. Bundesministerin Christine Bergmann, die die Präsentation eröffnete, betonte, wie notwendig und sinnstiftend das Erinnern sei. Im Erinnern lernten die Jugendlichen, sich ihrer Gegenwart zu stellen, sagte die Ministerin. Sie hob besonders hervor, dass die Gespräche mit Überlebenden des Nazi-Terrors dabei von unschätzbbarer Bedeutung seien. Anschauliches Zeugnis bot dafür die Auschwitz-Überlebende Baronin Rosa Goldstein, die eindrucksvoll ihre schrecklichen Erfahrungen wiedergab: „Dass ich noch lebe, ist wie ein Wunder, das ich bis heute nicht verstehe“. 1943 kam sie nach Auschwitz, wurde von dort zu Fuß im Winter 1945 nach Bergen-Belsen evakuiert und am 15. April schließlich befreit.

Zwischen der Gedenkstätte als geschichtlichem Ort und der polnischen Stadt Oswiecim liegt heute die Internationale Jugendbegegnungsstätte Auschwitz, die jährlich von mehr als 6000 Jugendlichen aus zahlreichen europäischen Ländern besucht wird. Ende 1986 konnte die Begegnungsstätte, die maßgeblich auf Initiative der Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste und der Stadt Oswiecim entstanden ist, eröffnet werden. Aus dem 15-jährigen Bestehen ist die Ausstellung „Danach ist es ein Teil von dir...“ hervorgegangen. Im März wird die Dokumentation, die auch Bilder der Gedenkstätte enthält, dann in Wolfsburg im Rathaus zu sehen sein. Die Ausstellung, die allerdings eine größere Fläche benötigt, steht anschließend zur Verfügung. Interessierte können sich an die Stiftung für die IJBS Auschwitz wenden unter folgender Telefon-/Fax-Nummer: 030/3231334. *Gabriele Nandlinger*

Verfassungsschutz**Veränderte Szene**

Unter dem (missverständlichen) Titel „Ein Jahrzehnt rechtsextremistischer Politik“ legt das Bundesamt für Verfassungsschutz eine kurze Zusammenfassung von Struktur und Entwicklung des Rechtsextremismus in den 90er Jahren vor. Die Entwicklung ist geprägt durch den Rückgang des organisierten Rechtsextremismus, insbesondere bei den Parteien: ausgehend von 28 500 Personen im Jahre 1990 ergab sich durch die Einbeziehung der damals 20 000 Mitglieder zählenden Republikaner für das Jahr 1992 ein Anstieg des Personenpotenzials auf 51 800. Diese Zahl erreichte vor allem durch die Entwicklung bei den Republikanern 1993 einen Höhepunkt mit 54 900, nahm bis 1996 auf 33 500 ab und ist im Jahre 2000 bei einer Mitgliedschaft von 36 500 angelangt. Würde man jetzt die inzwischen auf 13 000 Anhänger geschrumpften Republikaner wieder herausrechnen, betrüge der Saldo 23 500, was den Strukturwandel deutlich macht, denn insgesamt liegt die Zahl der erfassten Rechtsextremisten mit 50 900 Personen deutlich höher als 1992.

Der Rückgang des in den Parteien organisierten Rechtsextremismus wurde kompensiert durch eine junge Generation. Die zeichnet sich nicht nur durch erhöhte Militanz aus, sondern auch durch veränderte Agitationsformen und -inhalte, die mit organisatorisch neuen Erscheinungsformen korrespondieren. Gleichzeitig bedient sich die Szene zunehmend der modernen Kommunikationsmittel, so ist auch die Zahl der Internet-Homepages von 1995 (2) auf aktuell 1 300 angestiegen. In der Broschüre werden die wichtigsten Organisationen, Akteure und Themen des rechtsextremen Spektrums vorgestellt. Dazu findet sich in der Publikation noch reichlich Datenmaterial über Wahlen, Straftaten, weiterführende Literatur und die Veröffentlichungen des Bundesamtes für Verfassungsschutz. Die Broschüre ist insgesamt eine hilfreiche Zusammenfassung für rasche Information, vor allem aber als Mittel der politischen Bildung geeignet.

Klaus-Henning Rosen

Bundesamt für Verfassungsschutz (Hrsg.). Ein Jahrzehnt rechtsextremistischer Politik – Strukturdaten, Ideologie, Agitation, Perspektiven, Köln, Juli 2001 (Informationen über: BfV Merianstraße 100, 50765 Köln - bvinfo@verfassungsschutz.de - <http://www.verfassungsschutz.de>)

Bücherschau

Die braunen Westen

Das BKA als Klon des NS-Vorgängers

Vor ziemlich genau 51 Jahren, am 8. März 1951, nahm eine neue Behörde in Wiesbaden ihre Arbeit auf: das Bundeskriminalamt, kurz: BKA. Wirklich neu war jedoch an dieser Einrichtung allenfalls der Name. Aufbau, Arbeitsgebiete und vor allem das Gros des Leitungspersonals deckten sich bis zur Verwechselbarkeit mit denen des Reichskriminalpolizeiamtes, das in der NS-Zeit als gleichgeschaltete Polizeibehörde parallel zu Gestapo und Sicherheitsdienst für Unrecht und Verbrechen verantwortlich zeichnete.

Mit wahrhaft kriminalistischem Spürsinn hat der ehemalige BKA-Kriminaldirektor Dieter Schenk die Vor- und Entstehungsgeschichte der obersten bundesdeutschen Polizeibehörde recherchiert. Der Band „Auf dem rechten Auge blind“ ist Ergebnis seiner Arbeit, zu der Michel Friedman im Vorwort schreibt: „Ich würde mir wünschen, dass das Bundeskriminalamt die Vorwürfe dieses Buches schonungslos aufklärt.“

Bis zum Erscheinen des Bandes sah es nicht so aus, als ob das BKA selbst auch nur das geringste Interesse an der von Schenk betriebenen Aufklärung hätte. Wie wäre es sonst zu erklären, dass der Autor trotz einer von Innenminister Otto Schily im März 2000 zugewilligten Akteneinsicht bis Ende August 2001 vom BKA kein einziges Blatt aus dem hauseigenen Archiv erhalten hatte? Schenk ließ sich freilich von dieser fehlenden Kooperationsbereitschaft nicht entmutigen. Im Bundesarchiv, in Landesarchiven, bei der Gauck-Behörde und zahlreichen anderen Einrichtungen fand er, was er suchte: Dokumente, die hinreichend Aufschluss über die braunen Wurzeln des BKA geben.

Viele Einzelpersonen, vor allem aber das nach 1945 schon bald vom „Kalten Krieg“ geprägte Klima in der entstehenden Bundesrepublik haben dazu beigetragen, dass überzeugte Nazis und Kriegsverbrecher in den unterschiedlichsten Institutionen nahezu nahtlos an ihre frühere Karriere anknüpfen konnten. Im Fall des BKA war die weitgehende Fortführung alter Konzepte und Strukturen eng mit zwei Personen verknüpft: Paul Dickopf und Rolf Holle, beide Teilnehmer des 13. Kriminalkommis-

sar-Anwärterlehrgangs am Polizeiinstitut Berlin-Charlottenburg. „Der Querschnitt der Lehrgangsteilnehmer entsprach der Personalpolitik, wie sie vom ‚Architekten‘ des Reichssicherheitshauptamtes, Dr. Werner Best, betrieben wurde“, schreibt Schenk. Die Besetzung von Führungsstellen in der Nazi-Kriminalpolizei war gekoppelt an „Aufstiegswillen mit einer Affinität zu den Elite- und Ordensvorstellungen der SS“.

Dickopf, der sich seinerseits später als „Architekt des BKA“ bezeichnete und vierter Präsident des Amtes wurde, verstand es ausgezeichnet, seine Rolle im NS-Staat zu vertuschen und Ungereimtheiten in seinem Lebenslauf mit immer wieder neuen Legenden zu verharmlosen. Den Grundstein seiner Nachkriegskarriere legte er jedenfalls während des Zweiten Weltkrieges, als er in der Schweiz eine Agententätigkeit für den US-Geheimdienst OSS, Vorläufer des CIA, aufnahm.

Bald nach 1945 begann Dickopf gemeinsam mit seinem ehemaligen Lehrgangskollegen Holle Konzepte für eine zentrale Polizei in den Westzonen des besetzten Deutschlands zu entwickeln. Mit wenigen Abstrichen konnte Dickopf seine Vorstellungen bei der ab 1949 CDU-geführten Bundesregierung durchsetzen. Dazu Dieter Schenk: „Das aus dem nationalsozialistischen Reichskriminalpolizeiamt geklonte Bundeskriminalamt richtete sich auf so gut wie allen Feldern nach seinem Vorbild.“

Ermittlungen richteten sich schwerpunktmäßig gegen „Linke“; die Beobachtung alter und neuer Nazis wurde dagegen vernachlässigt. Auch in der Terminologie änderte sich wenig: „So genannten Berufs- und Gewohnheitsverbrechern verweigerte man den Opferstatus.“ Die Mehrzahl aller Leitungspositionen im BKA war mit früheren Mitgliedern der NSDAP und der SS besetzt. Eine Aufstellung von 1958 ergab, dass von 47 Mitarbeitern des Leitenden Dienstes im BKA lediglich 14 keinen SS-(Angleichungs-)Dienstgrad gehabt hatten und nur zwei überhaupt ohne NS-Vergangenheit waren.

Dieter Schenk hat eine wichtige Lücke geschlossen, indem er nachweist, wie stark die Kontinuität vom NS-Staat zur Bundesrepublik auch in diesem Bereich war. Sein Buch ist aufgrund der enormen Faktenfülle nicht leicht zu lesen; als Nachschlagewerk ist es unverzichtbar.

Gudrun Giese

Dieter Schenk, Auf dem rechten Auge blind, Die braunen Wurzeln des BKA, Verlag Kiepenheuer & Witsch, Köln 2001, 22, 90 Euro.

Meldungen

■ **Berlin** – Zum Boykott aller tschechischen Produkte ruft der in Berlin lebende Neonazi Andreas Voigt, Kopf des „Deutschherrenklubs“, vormalis Anführer der Skin-Truppe „Kreuzritter für Deutschland“, auf. Der Boykottaufruf, unter anderem nachzulesen im Gästebuch des „Freien Mädelbundes“ (FMB), „beginnt mit der Automarke Skoda und endet mit dem beliebten Tagesausflug nach Prag.“ Voigt, der bis 1998 die Berliner Neonazi-Kneipe „Cafe Germania“ betrieben hatte, „bittet alle deutschen Patrioten und germanophilen Europäer ebenfalls durch den Boykott tschechischer Produkte ihren vehementen Protest kundzutun“. Anlass für Voigt sind kritische Äußerungen des tschechischen Ministerpräsidenten Zeman über die Rolle der Sudetendeutschen zur Hitlerzeit.

■ **Dreisen** – Mit großer Mühe konnte der Landrat des pfälzischen Donnersbergkreises ein NPD-Schulungszentrum in der Pfalz verhindern. Der Landesverband der rechtsextremen Partei wollte den Landgasthof „Lochmühle“ in der 1000-Seelen-Ortschaft Dreisen übernehmen, um dort Konzerte und Schulungen abzuhalten. Nach Angaben des rheinland-pfälzischen Landesvorsitzenden Martin Laus hatte man bereits mehrere Investoren an der Hand, die das Objekt gekauft und anschließend an die NPD vermietet hätten. Doch noch bevor diese Pläne verwirklicht werden konnten, kaufte die Sparkasse Donnersbergkreis auf Initiative von Landrat Winfried Werner den Gasthof für rund 562 000 Euro (1,1 Millionen Mark). Die Lochmühle, in der es in den vergangenen acht Wochen drei Konzerte mit Neonazi-Bands gegeben hatte (siehe BNR 2/02), wird nun an das „Christliche Jugenddorf“ vermietet. „Das NPD-Schulungszentrum hätte der ganzen Region nur geschadet!“, begründete der Landrat sein Engagement.

■ **Eisenach** – Unter dem Rahmenthema „Kulturimperialismus oder große Zukunft“ will sich die zweite Winterakademie des Instituts für Staatspolitik mit der Globalisierung beschäftigen. Nachdem durch das organisatorische Desaster der letztjährigen Sommeruniversität ein Bruch erfolgt war, versucht man jetzt, durch eine Senkung der Teilnahmepreise neuen Nachwuchs für das Treffen von 21. bis zum 24. Februar zu erreichen. Das Institut für Staatspolitik, personell und inhaltlich stark mit der Deutschen Gildenschaft verwoben, versucht, konservativ-revolutionäres Gedankengut in den Unionsparteien zu verankern. Schützenhilfe leisteten

dabei in der Vergangenheit CDU-Bundestagsabgeordnete wie Vera Wollenberger und Martin Hohmann.

■ **Frankfurt** – Auf Einladung von Heiner Kappel, Bundesvorsitzender der Deutschen Partei (DP), fand in Frankfurt ein Treffen von „Repräsentanten der meisten wichtigen konservativen oder ‘rechten’ Gruppierungen“ statt. Vor Ort waren unter anderem Heinrich Lummer und Joachim Siegerist (Die Deutschen Konservativen), Alfred Mechtersheimer und Baldur Springmann (Deutsche Aufbau Organisation), Roberto Rink (DSU), Franz-Josef Reischmann (Freiheitliche Deutsche Volkspartei) sowie Wilfried Biedermann (Freiheitliche Initiative). Schriftliche Grüße hatte auch der REP-Bundesvorsitzende Rolf Schlierer entsandt. Nicht geladen waren DVU und NPD. Die Deutschen Konservativen berichten über dieses Treffen auf ihrer Homepage mit der Schlagzeile: „Erstmals Einigung der ‘rechten’ Verbände“. Künftig will man sich regelmäßig treffen und einen 5-Punkte-Katalog ausarbeiten, auf den sich verständigt werden kann.

■ **Frankfurt** – Ein „Freundeskreis Edmund Stoiber ... der vor und auch nach der Bundestagswahl die Politik Stoibers und der CSU außerhalb Bayerns unterstützen und fördern soll“, befindet sich in Hessen in der Gründungsphase. Interessenten können sich per E-Mail bei der Burschenschaft Teutonia Frankfurt melden. Hingewiesen wurde auf die Gründung von dem Burschenschafter Thilo Leuna unter anderem im „Info-Ring“ des „Konservativen Gesprächskreises Hannover“ (KGH). Der KGH ist eng mit dem Organisationsgeflecht um Alfred Mechtersheimer verbandelt.

■ **Gladbeck** – Der Guru der braunen Esoterik, Jan Udo Holey alias Jan van Helsing, kommt in der aktuellen Ausgabe (1/02) des in Gladbeck erscheinenden Zweimonatsblatts „Die Andere Realität“ zu Wort. In dem mehrseitigen Artikel („Mediale Kinder“) breitet er seine neuesten Erkenntnisse über „Hellsichtigkeit“, „Jenseitskontakte“ und die „feinstofflichen Welten“ aus. In weiteren Beiträgen geht es um „spirituelle Hintergründe zum Terroranschlag in New York“, mit denen sich Herausgeber Dieter Wiergowski beschäftigt sowie um „Botschaften aus dem All“. Neben Holey hat auch Tom Hockemeyer alias Trutz Hardo, der den Holocaust karmisch rechtfertigte, schon mehrmals Texte für die Esoterikzeitschrift geschrieben. Holey befasst sich auch in seinem neuesten Buch mit den angeblich übernatürlichen Kräften junger Menschen

(Jan Udo Holey: Die Kinder des neuen Jahrtausends – mediale Kinder verändern die Welt, Ama Deus Verlag, Fichtenau 2001).

■ **Köln** – „Grundgesetztreue Bürger“ unter Führung von Manfred Rouhs und Markus Beisicht (beide: Deutsche Liga für Volk und Heimat) wollen am 9. März unter der Losung „Keine Freiheit für die Feinde der Freiheit“ gegen das Bundesamt für Verfassungsschutz demonstrieren. Die Kundgebung wird um 16.00 Uhr auf dem Pariser Platz in Köln-Chorweiler beginnen. Danach sollen die Veranstaltungsteilnehmer zur Zentrale des Verfassungsschutzes in der Merianstraße in Köln-Chorweiler ziehen. In einem Demonstrationsaufruf werden die möglichen Demonstranten aufgefordert, keine Bomberjacken oder militärähnliche Kleidung zu tragen: „Wir sind 'die Guten'! Das muss auch optisch vermittelt werden.“

■ **Kornwestheim** – Neonazis planen am 2. März eine Demonstration vor dem Haus eines Stuttgarter Staatsanwaltes. Es soll sich dabei um eine „Solidaritätsveranstaltung“ für den rechtsextremen Barden Frank Rennicke handeln. Der betroffene Staatsanwalt ist der zuständige Ermittler gegen Rennicke. Er hatte auch für die Verurteilung des Sängers im November 2000 gesorgt. Der Stuttgarter Staatsanwalt war schon mehrfach von Rechtsextremisten belästigt worden: So hatte er nach dem Prozess gegen Rennicke Waren von über 15 Firmen geliefert bekommen, obwohl er nie etwas bestellt hatte.

■ **Landstuhl** – Ein Urteil des Landstuhler Amtsgerichts gegen Friedhelm Busse (73) wegen Volksverhetzung ist seit einigen Tagen rechtskräftig. Busse, einst Bundesvorsitzender der 1995 verbotenen neonazistischen FAP, zog jetzt seinen Berufungsantrag zurück. Damit ist die Geldstrafe in Höhe von rund 2 045 Euro (4 000 Mark) rechtsens. Der Neonazi-Veteran Busse hatte als Redner einer Kundgebung in Landstuhl am 21. Juli des vergangenen Jahres einen farbigen Demonstranten als „Untermenschen“ bezeichnet. Zu der Demonstration in das pfälzische Landstuhl bei Kaiserslautern hatten die Jungen Nationaldemokraten (JN) Westpfalz, der NPD/JN-Landesverband Rheinland-Pfalz und der Nationale Widerstand Kaiserslautern aufgerufen.

■ **Leipzig** – Gegen den Hamburger Neonazi Christian Worch wurde vom Amtsgericht Leipzig Anklage wegen Verwendung von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen erhoben. Anlass

ist die nach Auffassung der Staatsanwalt strafbewehrte Parole „Ruhm und Ehre der Waffen-SS“. Sie sei der Losung „Unsere Ehre heißt Treue“ der Waffen-SS zum Verwechseln ähnlich. Worch habe die Parole nicht nur selbst skandiert, sondern andere Demonstrationsteilnehmer dazu aufgefordert, dies ihm gleich zu tun. Die Demonstration mit rund 1200 Teilnehmern war von der Polizei vorzeitig aufgelöst worden (vgl. BNR 18/01). Grund war auch das Skandieren der inkriminierten Parole.

■ **München** – Wegen Volksverhetzung wurde der Student Wolf-Andreas Heß vom Münchner Amtsgericht zu einer Geldstrafe in Höhe von 1 350 Euro verurteilt. Der 23-jährige Enkel von Rudolf Heß hatte im Internet einen Text seines im Oktober letzten Jahren verstorbenen Vaters Wolf-Rüdiger Heß veröffentlicht. Darin enthalten war die Behauptung, die Verbrennungsöfen des KZ Dachau seien erst nach dem Krieg von den US-Amerikanern gebaut worden, „um damit Touristen zu erschrecken“.

■ **Nürnberg** – Der Revisionist Hans Jürgen Witzsch (62) muss wegen Verunglimpfung des Andenkens Verstorbener für drei Monate in Haft. Das Landgericht Nürnberg wies am 28. Januar die Berufung des seit 2000 suspendierten Lehrers gegen ein Urteil des Amtsgerichts Fürth wegen eines revisionistischen Briefes an den Historiker Michael Wolffsohn zurück. Der ehemalige CSU-Stadtrat Witzsch kündigte noch im Gerichtssaal an, vor das Bayerische Oberste Landesgericht in Revision gehen zu wollen. Sollte das Urteil rechtskräftig werden, droht ihm zusätzlich der Widerruf einer älteren Bewährungsstrafe von vier Monaten.

■ **Osnabrück** – Die diesjährigen „Frühjahrstagungen“ des Verlags Zeitenwende und der Gruppe Synergon zu dem Thema „Zivilisationen – Kulturen – Religionen“ sollen bei Osnabrück stattfinden. Referenten der ersten Tagung, die vom 15. bis 17. März angekündigt ist, sind unter anderem der österreichische Evola-Anhänger Martin Schwarz („Bedrohung durch den Islam oder Bedrohung des Islam?“), Herausgeber der „Kshatriya-Rundbriefe“ und „Nation&Europa“-Autor sowie der Belgier Robert Steuckers („Carl Schmitt – Deutscher Katholizismus und Ghibellinentum“), der intellektuelle und organisatorische Kopf der neurechten Europäischen Synergien. Eine zweite Tagung findet vom 26. bis 28. April statt. Dort wird unter anderem der NPD-Finanzier und Ex-DVU-Funktionär Wolfgang Schüler über „Buddha Dharma – Die äl-

teste Weltreligion“ referieren. Ein Ziel der neu-rechten Synergion ist, Erkenntnissen des Verfassungsschutzes zufolge, „die Überwindung der demokratisch-pluralistischen Gesellschaftsordnung zu Gunsten eines organisch-hierarchischen Gesellschaftsmodells.“ In Schriften des Verlages Zeitenwende werden, so der Verfassungsschutz, „ablehnende Äußerungen zu den Menschenrechten“ veröffentlicht.“

■ **Rheinbach** – Werner Keweloh (Rheinbach), Landeskoordinator der Deutschen Aufbau-Organisation (DAO) in Nordrhein-Westfalen, gibt in einem internen Rundbrief bekannt, dass die DAO eng mit der rechtsextremen Organisation Pro Köln zusammenarbeitet. Zu den ideologischen Köpfen von Pro Köln aus dem Umfeld der Deutschen Liga für Volk und Heimat zählt der Herausgeber von „Signal“, Manfred Rouhs. Veranstaltungen so verrät Keweloh, werden von einem „Pro Köln nahe stehenden Schutzdienst“ gesichert. DAO-Kernzellen wurden mittlerweile in Münster, Leverkusen, Lippstadt und Siegen gegründet. Keweloh war Abteilungsleiter des Deutschen Volkshochschulverbandes und publiziert unter anderem in der Zeitschrift „Opposition“.

■ **Sauerlach** – Bücher des neuheidnischen Verlages Michael Damböck (Herausgeber von „Pen Tuis-ko. Zeitschrift für heidnische Volks- und Völkerkunde“) aus dem österreichischen Ardagger liefert neuerdings in der Bundesrepublik ein Vertrieb namens EDIS in Sauerlach, Oberbayern, aus. Im Angebot ist unter anderem das Werk „Runen im Leben der Völker“ von Harry Radegeis, vormals „Großmeister“ des antisemitischen Armanen-Ordens (AO) und Referent bei den neonationalsozialistischen „Hetendorfer Tagungswochen“. EDIS ist als Großhändler für esoterische, neuheidnische und verschwörungstheoretische Literatur bekannt. Als Chef gilt Hans-Joachim Ehlers.

■ **Stuttgart** – Die Staatsanwaltschaft Stuttgart hat wegen finanzieller Turbulenzen ein Ermittlungsverfahren gegen den REP-Landesverband Baden-Württemberg eingeleitet. Als Grundlage gilt eine Strafanzeige gegen den ehemaligen REP-Landes-schatzmeister Nikolaus Holzner und die frühere Buchprüferin der Landespartei, Veronika Helfer. Mitarbeiter der REP-Bundesvorstands hatten im Sommer 2001 erhebliche Mängel bei der Buchführung des baden-württembergischen REP-Landesverbandes entdeckt. Demnach fehlen in den Kassen Belege für Schecks und Auszahlungen im

Postvertriebsstück. Entgelt bezahlt

Adresse:

DDVG • Stresemannstr. 30 • 10963 Berlin
PVSt, DPAG, „Entgelt bezahlt“, A 13861
Heft 03-2002 / Abo 5292719000

8

Antifaschistisches Pressearchiv
und Bildungszentrum Berlin e. V.
Lausitzerstr. 10
10999 Berlin

Wert eines sechsstelligen Betrags. Holzner ist zwischenzeitlich bei den REP ausgetreten.

■ **Weikersheim** – Das stramm rechte unionsnahe Studienzentrum Weikersheim (SWZ) erhielt für 2000 und 2001 Zuschüsse in Höhe von 24 200 DM von der Bundeszentrale für politische Bildung. In den letzten zehn Jahren wurden von der Bundeszentrale Veranstaltungen des SZW in Höhe von insgesamt 193 255 DM gesponsert. Dies teilte die Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage (14/7931) der PDS mit. Referent beim SZW war auch der „Junge Freiheit“-Kolumnist Günter Zehm, Autor in einer Festschrift zum 60. Geburtstag des verurteilten Holocaust-Leugners David Irving.

Impressum

Verlag:

Deutsche Druck- und Verlagsgesellschaft mbH
Stresemannstr. 30, 10963 Berlin
Telefon (030) 25594-100, Fax 25594-192

Redaktion:

Gabriele Nandlinger (verantwortlich)
Stresemannstr. 30, 10963 Berlin
Telefon (030) 25594-174, Fax 25594-499
e-mail: nandlinger@bmr.de
Internet: <http://www.bmr.de>

Kommentatoren:

Ralf Bachmann (Berlin)
Heiner Lichtenstein (Köln)

Layout:

DDVG mbH, Heidemarie Lehmann

Herstellung:

Braunschweig-Druck GmbH, Ernst-Böhme-Str. 20
38112 Braunschweig

Abonnementverwaltung:

Taha Kahya, Vertrieb
Telefon (0 30) 2 55 94 - 130, Fax 2 55 94 - 199

Bankverbindung:

SEB AG, BLZ: 100 101 11, Konto-Nr.: 192 110 790 0
Erscheint 14-täglich, Bezug nur im Abonnement
Preis 75,00 Euro jährlich, inkl. Porto
Ermäßigt 43,00 Euro inkl. Porto
Probeabonnement (6 Hefte), Preis 13,00 Euro inkl. Porto.